

Grünliberale Partei Stadt Zürich

Parolenspiegel 12.02.2017

Thema	Parolen für die Abstimmungsvorlagen vom 12. Februar 2017
Für Rückfragen	Maleica Landolt, Kopräsidentin glp Stadt Zürich: +41 79 317 33 71 Beni Schwarzenbach, Kopräsident glp Stadt Zürich: +41 76 497 46 97
Absender	Grünliberale Partei Stadt Zürich info.zurich@grunliberale.ch Website: www.zurich.grunliberale.ch

Nationale Abstimmungsvorlagen:

- **JA** zum Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration
 - **JA** zum Bundesbeschluss über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF)
 - **STIMMFREIGABE** zur USR III (Steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz)
 - Die glp Schweiz sagt **JA** zur USR III
 - Die glp Stadt Zürich empfiehlt eine **Stimmfreigabe** zur USR III
- Begründung: siehe Anhang*

Kantonale Abstimmungsvorlagen

- **KEINE ABSTIMMUNG**

Städtzürcher Abstimmungsvorlagen:

- **JA** zur Volksinitiative «Faires Wahlrecht für Züri – jede Stimme zählt!»
 - **Ja** zur Konfliktvermittlung und Hilfe im öffentlich zugänglichen Raum (Gemeindebeschluss)
 - **Ja** zur Neubau Schulanlage Pfingstweid, Escher-Wyss-Quartier (Objektkredit von 29,4 Mio.)
- Begründung: siehe Anhang*
-
- Wahlen im Schulkreis Waidberg:
MARCEL BUTZ in die Kreisschulpflege!
 - Wahlen im Schulkreis Zürichberg:
JESSAMYN GRAVES in die Kreisschulpflege!

Mit herzlichen Grüssen

Der Vorstand der Grünliberalen Partei der Stadt Zürich

JA zur Volksinitiative «Faires Wahlrecht für Züri – jede Stimme zählt!»

Die Initiative will in der Gemeindeordnung endlich verankern, dass jede Partei so viele Sitze im Gemeinderat erhält, wie ihr gemäss ihrem Wähleranteil zustehen. Das heutige Wahlsystem verhindert dies. Parteien, die nicht in einem Wahlkreis 5 Prozent aller Stimmen erreichen, werden von der Sitzverteilung vollständig ausgeschlossen. Auch dann, wenn sie genügend Wählerinnen und Wähler für bis zu sechs Sitze haben.

Das heutige System führt zum Ausschluss eines beachtlichen Teils der Stimmberechtigten von der politischen Vertretung im Gemeindeparlament. Es lässt sich mit dem Gedanken fairer Wahlen nicht vereinbaren. Die Grünliberalen sind deshalb klar der Meinung, dass in einer Demokratie jede Stimme zählen muss. Es darf nicht sein, dass einzelne Wahlzettel ausser Betracht fallen, wie das mit der heutigen 5%-Hürde geschieht. So wenig wie bei Abstimmungen einzelne Stimmzettel wegfallen dürfen, so wenig dürfen Stimmen beiseite geschoben werden.

JA zur Konfliktvermittlung und Hilfe im öffentlich zugänglichen Raum (Gemeindebeschluss)

Die Stadt Zürich betreibt mit sip züri seit 15 Jahren Konfliktvermittlung, Beratung und konkrete Hilfeleistung im öffentlichen Raum. Das Stadtleben hat sich in den vergangenen Jahren jedoch gewandelt. Deshalb sollen die Aufgaben von sip züri eine neue Grundlage erhalten. Dem Gemeinderat fällt die abschliessende Kompetenz zu, mit dem jährlichen Budget die benötigten Finanzmittel zu bewilligen und so das Leistungsvolumen zu steuern. Die Grünliberalen unterstützen diese Vorlage.

Ebenso können Leistungen von sip züri auch in Gemeinden der Agglomeration gegen kostendeckende Abgeltung erbracht werden. Im Jahr 2016 hat der Gemeinderat Nettoausgaben von CHF 2,87 Mio. bewilligt. Dieser Betrag setzt sich aus Aufwendungen von CHF 4,18 Mio. und Erträgen von CHF 1,3 Mio. zusammen. Die Grünliberalen werden jedoch weiterhin darauf schauen, dass die SIP nicht für die Überwachung von Personen genutzt wird, insbesondere von Jugendlichen im öffentlichen Raum ohne Meldung oder Grund.

JA zur Neubau Schulanlage Pfingstweid, Escher-Wyss-Quartier (Objektkredit von 29,4 Mio.)

Ebenfalls Ja sagen die Stadtzürcher Grünliberalen zur Schulanlage Pfingstweid. Mit der Fertigstellung verschiedener Wohnbauten wird die Zahl der Einwohner/innen und damit auch die der Kinder im Quartier weiter steigen. Bis 2024 ist dort mit einer Zunahme der Anzahl Schüler um 46% zu rechnen. Die Vorlage ist unbestritten, der Gemeinderat stimmte mit 119:0 Stimmen zu.

Das Schulhaus erfüllt die Anforderungen der 2000-Watt-Gesellschaft und Wärmepumpen dienen der Deckung des Wärme- und Kältebedarfs. Über Mittag werden in der Schulanlage rund 180 Betreuungsplätze angeboten. Die jährlichen Folgekosten des Neubaus betragen 4,28 Millionen Franken.

Grünliberale Stadt Zürich beschliessen Stimmfreigabe zur Unternehmenssteuerreform III

Nach intensiver Diskussion haben die Grünliberalen der Stadt Zürich eine zur Mutterpartei abweichende Parole zur Unternehmenssteuerreform III beschlossen. Dass die Privilegierung von Statusgesellschaften nicht länger haltbar ist, ist unbestritten. Aus Sicht der Grünliberalen der Stadt Zürich sind gewisse Elemente in der Vorlage sinnvoll, wie z.B. die Förderung von Forschung und Entwicklung in der Schweiz.

Ebenso ist unbestritten, dass ein attraktives Steuersystem ein wichtiges Element für einen wettbewerbsfähigen Unternehmensstandort darstellt – wenn auch bei weitem nicht das Einzige. Der ungeschickte Vorschlag des Regierungsrates bezüglich der Verteilung der zusätzlichen Bundesgelder (ca. 60% Kanton und nur 40% Gemeinden), welche die finanziellen Folgen der Reform abfedern sollen, ist nicht in Stein gemeisselt.

Mittels Motion, welche die grünliberalen Kantonsräte bereits eingereicht haben, verfolgt die Partei das Ziel, dass diese Gelder vollumfänglich den Gemeinden zugutekommen. Nichtsdestotrotz ist mit empfindlichen Einbussen beim Steueraufkommen zu rechnen: Der Kanton rechnet für die Stadt Zürich mit Steuerausfällen von CHF 200 Mio., wenn die Vorlage angenommen wird. Die Stadt Zürich selber rechnet mit ca. CHF 300 Mio. Wer auch immer recht hat: Fakt bleibt,

dass es nicht ohne Leistungsreduktionen für die Bevölkerung und ohne Erhöhung der Einkommenssteuern oder von Gebühren gehen wird.

Davon betroffen ist in erster Linie der Mittelstand, was eine Verschiebung der Steuerbelastung von juristischen zu natürlichen Personen bedeutet. Aus diesem Grund können sich die Grünliberalen der Stadt Zürich nicht vorbehaltlos hinter die Ja-Parole ihrer Mutterpartei stellen.

Grünliberale Partei Schweiz / Kanton Zürich

JA zum Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration

Einstimmig befürworten die Grünliberalen des Kantons Zürich die erleichterte Einbürgerung von Ausländern der dritten Generation. Es ist Zeit, der dritten Einwanderergeneration den Weg zur Schweizer Staatsbürgerschaft zu ebnen. Diese Menschen sind hier aufgewachsen und denken, leben und sprechen wie Schweizerinnen und Schweizer.

JA zum Bundesbeschluss über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF)

Die Grünliberalen Kanton Zürich sagen einstimmig JA zum Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds. Der NAF ist ein erster Schritt hin zu einem verursachergerechten Mobility Pricing.